



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Montag, 11. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Montag, 11. Juli.

Krieges zu stürzen. O, wenn unsere Nationalehre bedroht wäre, würde ganz Frankreich sich erheben, um Genugthuung zu verlangen. Da würden wir Alle einmütig sein. Aber nein! Wir wollen nicht, daß der Prinz Leopold König von Spanien sei, und wir wissen ja gar nicht einmal, ob Spanien ihn zum König haben will. Alle geschichtlichen Ueberlieferungen der Halbinsel beweisen im Gegentheil, daß es, wie wir, den fremden Prinzen, den man ihm aufzwingen würde, zurückweisen würde. Und wir sollten uns aus diesem ganz unzulänglichen Grunde dem blutigen Spiele der Schlachtfelder aussetzen? Wenn wir siegen, was würden wir thun? Werden wir darum etwas mächtiger? Hätten wir nicht einen leidenschaftlichen Haß gegen uns erregt, wenn wir besiegt würden . . . aber wir wagen gar nicht, diesen Fall ins Auge zu fassen. Mögen denn diejenigen, deren Entscheidungen jetzt entscheidend sind, die furchtbare Verantwortlichkeit, welche auf ihnen lastet, wohl bedenken! Wir wiederholen: Von dem beleidigten Frankreich kann man alle erdenklichen Opfer fordern. Aber wo ist die Beleidigung?"

Paris. Die „Presse“ schreibt: „An dem Tage, wo ein französisches Regiment die Grenzen überschritten haben wird, kann nicht mehr die Rede vom Marschall Prim, noch vom Prinzen Leopold, noch vom spanischen Thron sein. Es wird sich darum handeln, die dauernde Demüthigung zu rächen, welche Frankreich seit vier Jahren auferlegt worden.“

London. Der „Observer“ erachtet Preußens Haltung logisch für unangreifbar; die Situation sei eine bedenkliche, aber keinesfalls hoffnungslose.

Madrid. Wie vorauszusehen war, haben hier die Erklärungen des Herrn von Gramont im französischen Parlamente durchaus nicht die beabsichtigte Wirkung hervorgerufen. Der spanische Nationalstolz bäumt sich gegen jede Bevormundung; das sicherste Mittel, selbst eine Erz-Isabella wieder auf den Thron ihrer Väter zurückzuführen, wäre ein Einspruch, wie ihn das Pariser Cabinet gegen den Prinzen Leopold von Hohenzollern ausgesprochen hat. Die progressiv-demokratische Presse erklärt sich einstimmig für den neuen Kandidaten; Gegner desselben sind die Förderalisten und vor allem die Anhänger der vertriebenen Bourbonen. Die enthusiastischsten Vorkämpfer des Prinzen sind der „Imparcial“, die „Nacion“ und die „Iberia“. Aus dem Leitartikel des letztgenannten Blattes sei folgende Stelle hervorgehoben: „Sobald das Pariser Cabinet die Sachlage eingehender studirt haben wird, kann dasselbe unmöglich fortfahren, durch künstlich geschaffene Hindernisse unserer Aktionsfreiheit zu nahe zu treten. Die Wahl des Prinzen Leopold bedeutet keineswegs eine Annäherung an Preußen zum Schaden einer dritten Macht; sie ist im Gegentheil dazu angethan, die Beziehungen Spaniens zu sämtlichen Großmächten in angenehmster Weise zu gestalten. Sollte man in Paris dabei beharren, uns zu beschränken, so würde man seine Absicht nicht erreichen. Wir kennen die Aufgabe einer freien Nation; wir lieben unser Recht, unsere Unabhängigkeit, unsere Ehre. Der Stolz des Spaniers wird die Annäherung eines französischen Ministers um keinen Preis ertragen.“

Madrid. Die spanische Regierung hat ihre Vertreter an den Höfen ermächtigt, in kategorischer Weise zu erklären, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold nicht in einer Frankreich oder seiner Regierung feindlichen Weise aufgestellt worden sei, sowie daß Marschall Prim sich nicht an Herrn von Bismarck gewandt hätte, um die Zustimmung des Königs von Preußen zu erlangen. Vielmehr seien die Verhandlungen ausschließlich mit dem Prinzen Leopold geführt worden ohne jede Mittheilung an den Grafen Bismarck.

Gms. Graf Benedetti bringt wiederholt in den König, den Erbprinzen zum Verzicht auf die Thronkandidatur zu veranlassen. Der König weist diese Zumuthung zurück. — Nachmittags. Der preussische Botschafter am französischen Hofe, Baron von Werther, hat sich heute Nachmittag von Sr. Majestät dem Könige verabschiedet und wird Abends 7¼ Uhr nach Paris zurückkehren.

Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ bespricht einen Artikel des Pariser „Pays“ und konstatiert, daß das von Frankreich erhobene Kriegsgeschrei diesseits des Rheins ohne Echo geblieben sei. Das Blatt mißbilligt nochmals ganz entschieden die Erklärungen des Herzogs von Gramont; derselbe habe wissen müssen, daß Preußen nichts zur Wahl der spanischen Regierung gethan habe und daß wir deshalb auch nichts dagegen thun können, ohne uns zu erniedrigen. Preußen habe keine Berechtigung, also auch keine Verpflichtung zu den ihm angebotenen Diensten. Es heiße, Händel suchen, wo keine von selbst erwachsen wollen, und wenn dies die Absicht des Herzogs von Gramont sei, so möge er doch zweimal zusehen. Auf die Forderung der „Bosjischen Zeitung“, der Minister des Auswärtigen möge in Betreff der Thronkandidatur keine Verpflichtungen eingehen, die später mit Eisen und Blut eingelöst werden müßten, bemerkt das Blatt: Wir dürfen erklären, daß dieses Verlangen mit der Ansicht der Regierung übereinstimmt.

Die „Berliner Börsen-Ztg.“ schreibt: „Es giebt kaum eine verkehrtere und unpatriotischere Auffassung der gegenwärtigen Sachlage, als sie gestern in der „Bosjischen Zeitung“ zu Tage tritt, indem darin dargelegt wird, daß es sich in der gegenwärtigen französisch-preussischen Konfliktfrage lediglich um eine Frage von dynastischem Interesse handele und daß eben deshalb die preussische Regierung an einen Rückzug zu denken habe. Ist es eine dynastische Frage, so ist sie es höchstens für Frankreich. Wenn aber, wie es es jetzt geschieht, die französische Regierung aus einer solchen Veranlassung an die preussische das Verlangen stellt, sich durch ein Verbot, welches sie an den Prinzen von Hohenzollern erlassen soll, in eine Frage einzumischen, die man hier bis dahin völlig unbeachtet gelassen hat, so wird die Frage recht eigentlich zu einer politischen, und das geringste Nachgeben gegen eine unberechtigte französische Forderung würde eine Demüthigung Preußens dokumentiren, welche die Gesamtheit aller realen und moralischen Erwerbungen der letzten Jahren vernichten müßte. Man kann ohne Weiteres sagen, Preußen würde auch in Deutschland keine Bedeutung mehr haben, wenn es zum zweiten Male (zum ersten Male in der Luxemburger Angelegenheit) einer französischen Forderung, bloß weil sie von jener Seite kommt, sich fügte. Es handelt sich daher wahrlich um eine politische Machtfrage der eklatantesten Art, um die Zurückweisung einer Injulte, die man in raffiniertester Weise von Paris aus Preußen zufügen will.“

Wien. Trotz der amtlichen Dementirung der Nachricht, daß von Seite des Kriegsministeriums mehrere Batterien in Kriegsbereitschaft gesetzt wurden, ist dieselbe nichtsdestoweniger wahr und wird von den Journalen aufrecht erhalten. Das zeigt, daß es mit der berühmten Neutralität unserer Regierung nicht weit her ist, und wäre in der That auch nicht anzunehmen, daß sich Graf Beust die schöne Gelegenheit zur Einmischung entgehen lassen werde. Es ist als selbstverständlich anzunehmen, daß die österreichische Regierung im Kriegsfalle auf Seite der französischen Regierung zu finden sein wird, denn die Wunde von 1866 ist ja noch nicht vernarbt und das Haus Habsburg wird seinem Haß gegen die Hohenzollern im vergossenen Blute von Tausenden von Staatsbürgern Ausdruck geben.

Paris. Michelet, der bekante republikanische Geschichtsschreiber, richtet an den „Rappel“ folgenden Brief: „Niemand will den Krieg. Und doch will man ihn unternehmen, oder Europa glauben machen, daß wir ihn wollen.“

Das ist eine Ueberrumpelung und eine Taschenspielererei. Millionen von Bauern haben neulich zur Wiederwahl des Kaisers Napoleon blind Ja gesagt. Warum? Weil sie eine Erschütterung zu vermeiden glaubten, die ihnen Furcht einjagte. Haben sie geglaubt für den Krieg, für den Tod ihrer Kinder zu stimmen? Es ist schrecklich, daß man jenes unüberlegte Botum so mißbraucht. Aber der Gipfel der Schande, der moralische Tod wäre es, wenn Frankreich in diesem Maße gegen alle seine Gefinnungen und alle seine Interessen sich gehen ließe. Machen wir unser Plebiszitt und diesmal ein ernstliches! Befragen wir, Klasse für Klasse, von den Reichsten bis zu den Armsten, von den Städtern bis zu den Bauern, befragen wir die Nation! Wenden wir uns an diejenigen, welche kürzlich diese Majorität ernannt haben, die jetzt ihr Versprechen vergißt! Zu einem Jeden von ihnen hat man gesagt: „Ja, aber vor allen Dingen keinen Krieg!“ Daran denken sie nicht mehr. Aber Frankreich denkt daran. Es wird mit uns eine Adresse der Verbündeter für Europa, der Achtung für die spanische Unabhängigkeit zeichnen. Pflanzen wir die Fahne des Friedens auf! Krieg nur denen, welche den Krieg in dieser Welt haben wollen!“

Paris. Sämmtliche Journale enthalten sich bereits, über Truppenzüge Mittheilung zu machen. Heute soll im Gesetzgebenden Körper und Senat zugleich ein Anhang zum Breßgesetz eingebracht werden, wodurch die Art der erlaubten Mittheilungen über Dinge des Krieges den Zeitungen genau vorgeschrieben ist, während schwere Strafen über die Blätter verhängt sind, die dagegen fehlen. Der Kaiser soll, als von einem Congreß die Rede kam, geäußert haben: „Eerst nachgeben, dann wohl! aber nicht vorher!“ Granier v. Cassagnac, der bonapartistische Heißsporn, ist wie toll im „Pays“. Es sei ein Verbrechen, sagt er, wenn man sich die herrliche Gelegenheit entgehen ließe. Die Majorität sei wie ein Mann mit der Regierung und verlange den Krieg. Der Handel, den die Unsicherheit erdrücke, fordere es selbst. (!) Auch im „Soir“, der Einflüsterungen der Minister empfängt, macht sich eine sehr gehässige Gefinnung gegen Preußen Luft. d'Alton Schée, der Gegenkandidat des Herrn Thiers bei den Pariser Wahlen, veröffentlicht in der „Cloche“ einen heftigen Artikel gegen das Kaiserthum, der mit den Worten schließt: „Das Kaiserthum hat seine Mittel aufgebraucht, es hat nur noch eine Hoffnung, die ist der Krieg. Die Demokratie (lesen wir Republik) steht aber bereit, um ihre Erbschaft anzutreten.“ Es stellt sich jetzt heraus, als habe Thiers nicht unschuldiger Weise jüngst eine antipreußische Rede gehalten, die des Lobes Bismarck's voll war. Den Ministern war diese Unterstützung erwünscht und Thiers war somit wieder einmal der Unglücksvogel, der verhängnißvolle Genius des Landes. — Seit Gramont's Erklärung, heißt es, soll sich der General Fleury in Petersburg einer besonderen Freundlichkeit des Zaren zu rühmen haben. Die altrussische Partei jaunt dem Thronfolger ist bekanntlich längst schon nicht gut preußisch gesinnt. — Es verlautet, die Nord- und Westbahn hätten Befehl erhalten, alle Waggons für Truppenzüge von heute an bereit zu halten.

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers erklärte der Herzog von Gramont auf diesbezügliche Anfragen:

„Die Regierung begreift die Ungeduld der Kammer und des Landes, aber es ist unmöglich, schon jetzt den definitiven Entschluß mitzutheilen. Die Regierung erwartet noch die Antwort, welche sie in ihrem Entschlusse leiten wird. Bis jetzt scheinen alle Kabinette die Berechtigung unserer Beschwerden zuzugeben. Die Regierung hofft, daß sie bald in der Lage sei, der allgemeinen Ungeduld zu genügen, heute aber appellire sie an den Patriotismus und das richtige politische Urtheil der Kammer und bitte, sich an dieser unvollständigen Erklärung genügen zu lassen.“

Paris. Der „Constitutionnel“ meldet, König Wilhelm habe den Prinzen Leopold zur Annahme der spanischen Krone

ermächtigt und von Benedetti einen Aufschub zur Verantwortung der überreichten französischen Protestation verlangt, den ihm die französische Regierung nur für kurze Frist bewilligt habe. Der „Constitutionnel“ macht darauf eine Aufzählung aller Frankreich gegenüber stehenden Streitkräfte des Nordbundes.

Dienstag, 12. Juli.

Berlin. Der Fürst Anton von Hohenzollern hat an Herrn Olozaga, spanischen Botschafter in Paris, folgende Depesche gesandt:

„Ich mache es mir zur Pflicht, Ihnen die wörtliche Copie eines Telegramms zugehen zu lassen, das ich soeben an den Marschall Prim nach Madrid gesandt: Gegenüber den Verwicklungen, welche durch die Kandidatur meines Sohnes Leopold entstanden, Verwicklungen, die nothwendiger Weise einen gewissen Einfluß auf die Cortes ausüben müssen, so daß ein Botum derselben nicht wohl ohne Mitwirkung von Elementen möglich wäre, welche der Person, um die es sich handelt, durchaus fremd sind, trete ich im Namen meines Sohnes von der Kandidatur auf den spanischen Thron zurück.“

Schloß Sigmaringen, 12. Juli, 11 Uhr 28 Min.

Anton Hohenzollern.“

Ferner ging dem „Schwäbischen Merkur“ folgendes Telegramm zu:

Sigmaringen. Der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung die Freiheit ihrer Initiative zurückzugeben, entsagt seiner Thronkandidatur, fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zu einem Kriegsvorwande heranzureifen zu lassen. Im Auftrage des Fürsten: Hofkammerrath Lafer.

Emß. Der König hielt heute Vormittag mit dem Prinzen Albrecht eine Musterung über die Garnison von Coblenz ab. Vorher empfing derselbe den Gesandten der Pforte bei dem norddeutschen Bund, Aristarchy Bey. Dieser und Herr Benedetti sind heute zur königlichen Tafel gezogen.

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ erklärt: Die drohenden Aeußerungen des Herzogs von Gramont sind das Zeichen eines überlegten Planes, bei dem Spanien nur der Vorwand, die Spitze aber gegen Preußen und Deutschland gekehrt ist. Ist es nicht eine maßlose Arroganz, von Deutschland zu verlangen, daß es zu Gunsten der französischen Politik Gendarmeriedienst thue, hier für den Prinzen von Asturien gegen einen majorennen deutschen Fürsten? Beansprucht Frankreich ein Bevormundungsrecht über seine Nachbarvölker, so ist von gesichertem Frieden nicht mehr die Rede, so ist die Haltbarkeit des Friedens nur eine Frage der Zeit, die jeder Tag verneinen kann. Wer mit uns Handel vom Zaune bricht, wird uns zur Abwehr bereit finden.

Berlin. Hiesigen Blättern zufolge hat das auswärtige Amt den süddeutschen Kabinetten in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt die offizielle Notifikation zugehen lassen, daß die preußische Regierung sich nach wie vor nicht in die spanischen Verhältnisse mischen, also der spanischen Nation wie dem Prinzen Leopold freies Feld lassen werde. Es liegt hierin zugleich eine erste Hinweisung auf die Allianzverträge, im Falle es zu einer ernsten Katastrophe kommen sollte.

Berlin. Graf Bismarck ist soeben, in der fünften Nachmittagsstunde, begleitet von dem Geheimen Legationsrath v. Reudell und dem Legationsrath Bucher, aus Warzin hier eingetroffen. Er wird sich von hier in Begleitung des heute Morgen aus St. Petersburg angekommenen Gesandten an russischen Hofe, des Prinzen Reuß, zum König nach Emß begeben, sobald er mit dem auf der Durchreise nach Wildbad hier erwarteten russischen Reichskanzler, Fürsten Gortschakoff, sich besprochen hat. Eben dahin wird auch unser Gesandter am Stuttgarter Hofe, Frhr. v. Rosenbergs, reisen.